

Butzbach, 04. November 2011

Sehr geehrte Damen und Herren,
ich eröffne den 54. Landes-
gewerkschaftstag 2011 des
Bunds der Strafvollzugsbe-
diensteten Hessen.

Mit dem heutigen Gewerk-
schaftstag eröffnen wir die
Kampagne zur HPR-Wahl 2012.



BSBD wählen, damit sich was für Sie bewegt! Das liebe
Gäste, das liebe Kolleginnen und Kollegen, ist unser
Motto für die nächsten Personalrats- und HPR-Wahlen
und ich freue mich ganz besonders, bereits heute die
Kandidatinnen und Kandidaten des BSBD Hessen für die
HPR-Wahl im kommenden Mai begrüßen zu können.
Herzlich willkommen!

Wir begrüßen heute wieder eine Reihe von Gästen aus
Politik, Gewerkschaft und Kommune.

Als erstes begrüße ich unseren Staatssekretär aus dem
Hessischen Ministerium der Justiz, für Integration und
Europa, Herrn Dr. Rudolph Kriszeleit.

Herr Dr. Kriszeleit, wir freuen uns sehr, dass Sie auch in diesem Jahr wieder an unserem Gewerkschaftstag teilnehmen. Wir durchleben ein sehr bewegtes Jahr 2011, deshalb ist es wichtig, darüber immer wieder im Gespräch zu sein und zu bleiben. Vielen Dank, dass Sie auch in diesem Jahr wieder bei uns sind, um mit uns offen und ich hoffe ergebnisorientiert zu diskutieren.



vlnr: Dr. Kriszeleit, Dr. Roos, Sagebiehl, Kreuter (verdeckt), Gerling, Paulus, Hoffmann

Die Vorsitzende des UJV, Frau Abgeordnete Nancy Faeser, SPD muss ich in diesem Jahr leider entschuldigen, da sie einen Arzttermin wahrzunehmen hat; von dieser Stelle alles e Gute für Frau Faeser.

Ich begrüße Ihren Vorgänger, den langjährigen Vorsitzenden des UJV

Herrn Landtagsabgeordneten Alfons Gerling von der CDU

Und als weiteren Vorgänger in dieser Position

Herrn Landtagsabgeordneten a.D. Dietrich Meister, er ist seit vielen Jahren Mitglied unseres Ältestenrats

Von der SPD begrüße ich die rechtspolitische Sprecherin, Frau Abgeordnete Heike Hoffmann

Von der FDP den vollzugspolitischen Sprecher, Herrn Abgeordneten Jochen Paulus

Von Bündnis 90/Die Grünen, den rechtspolitischen Sprecher, Herr Abgeordneten Dr. Andreas Jürgens.

Ihnen allen ein herzliches Willkommen.

Ganz herzlich begrüße ich den Hausherrn dieser Halle den Bürgermeister der Stadt Butzbach,

Herrn Michael Merle.

Herr Merle, als BSBD fühlen wir uns ihrer Stadt in besonderer Weise verbunden, Butzbach ist sozusagen unsere vollzugliche Mitte. Viele Kolleginnen und Kollegen wohnen hier in Butzbach oder in einem der

Ortsteile, sind in das soziale Geflecht ihrer Stadt eingebunden. Wir freuen uns, auch in diesem Jahr wieder hier zu sein – und denke, ich verspreche nicht zu viel, wenn ich bereits heute unsere Anmeldung für die kommenden Jahre platziere.

Von unserem Dachverband, dem DBB Hessen, begrüße ich den Vorsitzenden, den Kollegen Walter Spieß

Er wird sicherlich einiges zur weiteren Ausgestaltung des Dienstrechtes und zum Stand des 2.

Dienstrechtsmodernisierungsgesetzes berichten...

Vom BSBD-Bundesverband begrüße ich unseren Bundeskassierer, den Kollegen Wolfgang Jänicke aus Sachsen-Anhalt, Wolfgang, auch der Bundesverband hat in diesem Monat seinen Gewerkschaftstag in Lahnstein, also in unmittelbarer Nachbarschaft zu uns Hessen. Wir freuen uns schon auf einen spannenden und konstruktiven Verlauf.

Von der deutschen Justizgewerkschaft, Landesverband Hessen, begrüße ich den stellvertretenden Landesvorsitzenden den Kollegen Horst Schmidt

Viele Jahre hat Euer Ehrenvorsitzender der Kollege Egon Hochstadt an unserem Gewerkschaftstag teilgenommen. Auch er musste in diesem Jahr erneut

aus gesundheitlichen Gründen absagen, wir wünschen ihm von hier alles Gute.

Ich begrüße aus dem Hessischen Ministerium der Justiz,
für Integration und Europa

den Abteilungsleiter der Fachabteilung Justizvollzug

Herrn Ministerialdirigenten Dr. Helmut Roos

den stellvertretenden Abteilungsleiter der
Fachabteilung Justizvollzug

Herrn Leitenden Oberstaatsanwalt Michael Sagebiel

und darüber hinaus den

Koordinierenden Referatsleiter IV/A

Herrn Ministerialrat Manfred Kräuter

Ich begrüße die Anstaltsleiter

Herrn Leitenden Regierungsdirektor Jörg-Peter Linke
aus der JVA Butzbach

Herrn Leitenden Regierungsdirektor Jörg-Uwe Meister
aus der JVA Kassel I

Herrn Leitenden Regierungsdirektor Jörg Bachmann,
aus der JVA Schwalmstadt und seinen Stellvertreter,
Herrn Regierungsoberrat Dr. Volker Fleck

Herrn Regierungsobererrat Manfred Radde, JVA Limburg
Herrn Regierungsrat Wilfried Michl, JVA Fulda. Zur
Überleitung in den höheren Dienst gratulieren wir von
hier ganz herzlich!.

Den ehemaligen Leiter der JVA Rockenberg, Herrn LRD
a.D Johannes Fleck

Sowie den ehemaligen Leiter der JVA Ichtershausen in
Thüringen, er war im Übrigen viele Jahre Mitglied
unseres Landesvorstands, Herrn Regierungsdirektor
a.D. Werner Frey.

Ich begrüße darüber hinaus den Leiter des MCCs
Nordhessen, Herrn Leitenden Medizinaldirektor Dr.
Lutz-Dettinger

und aus dem Ältestenrat des BSBD Hessen



die Kollegin Hannelore Böhm.

Ganz, ganz herzlich begrüße ich Sie/Euch, die Delegierten dieses Gewerkschaftstages, Ihr seid die Basis unserer Gewerkschaft, die Basis für eine gute und gelingende Gewerkschaftsarbeit.

Ich begrüße die Ortsverbandsvorsitzenden, Ihr seid sozusagen die Frontmänner und Frauen des BSBD in den jeweiligen Anstalten

Und ich begrüße die Fachgruppenvertreterinnen und –vertreter, die sich wiederum stark machen für die Kolleginnen und Kollegen Ihrer Laufbahn.

Ich begrüße unseren Webmaster, den Kollegen Michael Horn, der im Bereich unserer Öffentlichkeitsarbeit einen wesentlichen Beitrag leistet.

Schließlich begrüße ich meine Kollegen des Landesvorstands. Euch danke ich für die gute Zusammenarbeit im ausklingenden Jahr. Ganz besonders danke ich Dir, Günter, Du hattest als Landesgeschäftsführer den größten Batzen Arbeit bei der Vorbereitung dieses Tages. Herzlichen Dank.

Totenehrung:

Bevor wir nun den Gewerkschaftstag beginnen, bitte ich Sie, sich von ihren Plätzen zu erheben und mit mir

der Verstorbenen unseres Verbandes des vergangenen Jahres zu gedenken:

Seit dem letzten Gewerkschaftstag im Oktober 2010 sind folgende Kollegen des BSBD Hessen verstorben:

Heinrich Brück	OV Rockenberg
Peter Zettl	OV Butzbach
Rüdiger Geis	OV Frankfurt/M IV
Georg Schwarz	OV Dieburg
Erwin Röhrig	OV Butzbach
Horst Lehmann	OV Kassel I
August Becker	OV Butzbach
Werner Wurm	OV Butzbach
Helwig Ries	OV Schwalmstadt
Hans – Joachim Pfeil	OV Gießen
Torsten Böcher	OV Limburg.

Wir haben mit den Kolleginnen und Kollegen viele Jahre zusammen gearbeitet, wir haben miteinander den Vollzugsalltag gestaltet, haben Gutes und Schlechtes, Erfolge und Krisen durchlebt. Kollege Geis war sehr,

sehr maßgeblich beim Aufbau des Ortsverbands der JVA Frankfurt IV beteiligt gewesen.

Wir werden all unseren verstorbenen Kollegen ein ehrendes Andenken bewahren.

Vielen Dank.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Staatssekretär, sehr geehrte Gäste,

im kommenden Jahr, ich habe es bereits erwähnt, werden die neuen Personalräte in den Anstalten sowie ein neuer Hauptpersonalrat Justizvollzug gewählt. Der BSBD Hessen, der in den vergangenen Jahren unter dem Motto „Nähe ist unsere Stärke“ angetreten war, hat für die anstehenden Personalratswahlen „ BSBD wählen – damit sich was für Sie bewegt“ bestimmt.

Kolleginnen und Kollegen, ich denke, wir haben bereits in diesem Jahr für diese beiden Ansagen verantwortlich und standhaft gestanden! Der BSBD agiert im Focus, d.h in der 1. Reihe, um die Interessen seiner Mitglieder aus allen Laufbahnen zu vertreten. Als Mitglieder des HPR stellen wir uns dieser Verantwortung für die Kollegenschaft insgesamt. Allen, die in der auslaufenden Legislaturperiode ein Amt in einem

Personalrat bzw. im HPR innehatten, sage ich ganz, ganz herzlichen Dank für Ihr/für Euer Engagement. Für die Kolleginnen und Kollegen einzustehen, Stellung zu beziehen, gegebenenfalls zu intervenieren, ist eine wichtige Aufgabe im Aktionsgeflecht des hessischen Justizvollzugs. Und dieses Engagement ist keine Selbstverständlichkeit.

Eigentlich wollte ich meine Rede zu diesem Gewerkschaftstag etwas unorthodox – vielleicht auch ein bisschen frech oder gar sarkastisch eröffnen, nämlich dem Pippi-Langstrumpf-Lied – ich zitiere kurz den Refrain:

2 x 3 macht 4

Widdewiddewitt und Drei macht Neune !!

Ich mach' mir die Welt

Widdewidde wie sie mir gefällt

Daraus ließe sich Schöndenken, Schönreden, Schönzeichnen ableiten, es gäbe hierzu einige Erlebnisse aus dem hessischen Justizvollzug zu berichten. Aber schließlich hatte ich vom Grunde vergangenes Jahr bereits dazu gesprochen und deshalb sehe ich heute davon ab. Alles hat seine Zeit.

Ja, Herr Dr. Kriszeleit, ich gebe ihnen Recht, wenn Sie sagen, dass es wichtig ist, im Gespräch zu sein, aufeinander zuzugehen, miteinander zu reden, die Standpunkte auszutauschen...

– auch wenn sie in der Sache unterschiedlich sind und unterschiedlich bleiben.

Sie wissen, dass wir nicht einverstanden sind mit der verschobenen Anhebung der Bezüge der Beamten um ein halbes Jahr im Vergleich zu den Tarifbeschäftigten. Es blieb da nicht unbemerkt, dass sich die Abgeordneten des hessischen Landtags zum 01.07.2011 die Diäten um rund 2.7 % erhöht hatten als Anpassung an die allgemeine Einkommensentwicklung, so, wie sie es in einer der letzten Legislaturperioden für sich gesetzlich normiert hatten.

Den Beamtinnen und Beamten bleibt die rechtzeitige Anpassung ihrer Besoldung dagegen verwehrt. Die politische Mehrheit des Landtags verweigert uns die Anpassung unserer Bezüge an die Einkommensentwicklung unserer Kolleginnen und Kollegen im Beschäftigtenverhältnis. Und dann entschieden Sie auch noch spät über die Besoldungserhöhung, zu spät, denn am 1.11. war die Erhöhung schon wieder nicht auf unseren

Gehaltskonten angekommen: keine prozentuale Erhöhung um 1,5 % und keine Einmalzahlung bis A 11. Da wird sich Herr Staatsminister Schäfer, unser Finanzminister, freuen, er muss die Besoldungserhöhung maximal einen Monat im Haushalt 2011 finanzieren, sollten sie die Auszahlung zum 1.12.2011 tatsächlich umsetzen. Zahlt er nun alles auf einmal aus, wird er sich mit der Steuerprogression die Sahne wieder abschöpfen, sollte man überhaupt noch von Sahne reden können, denn die wäre nach all dieser Wartezeit, wie unsere Stimmung auch, bereits längstens wieder zerlaufen.

Und schließlich wissen sie, dass wir nicht einverstanden sind und niemals einverstanden sein werden mit der Beibehaltung der 42-Stunden-Woche für die hessischen Kolleginnen und Kollegen im Beamtenverhältnis. Darauf werden wir an jedem Gewerkschaftstag des BSBD Hessen immer und immer wieder hinweisen.

Die Lebensarbeitszeit haben Sie im vergangenen Jahr angehoben auf 67 bzw. 62 Jahre. Wenigstens konnten wir durchsetzen, dass Schichtdienstleistende mit weniger als 20 Jahren auch – wenngleich gestaffelt- vor Vollendung des 62. Lebensjahres ausscheiden dürfen.

Der BSBD war die einzige Fachgewerkschaft, die sich

im Rahmen der mündlichen Anhörung im hessischen Landtag für die Vollzugskollegen ausgesprochen hatte und eine Änderung des Gesetzesentwurfs forderte. Es war auch Thema des letzten Gewerkschaftstages hier in Butzbach. Hier waren wir als BSBD erfolgreich. Was aber niemals heißt, dass wir die Anhebung der Lebensarbeitszeit insgesamt unterstützen.

Aber Herr Dr. Kriszeleit, sehr verehrte Abgeordnete des hessischen Landtags: **Die Schuldenbremse greift.** Für jegliche Sparmaßnahme der nächsten Jahre wird sie herangezogen werden, das ahnten wir alle schon vor dem 27. März 2011. Das unser Finanzminister jetzt behauptet, er habe eine 70%ige Zustimmung der hessischen Bürgerinnen und Bürger, verwundert uns. Wir empfehlen hierzu, die Bezugsgröße „Wahlbeteiligung“ angemessen zu berücksichtigen. Dann hätte sich der Rückhalt fast halbiert. Aber so ist das in einer Demokratie – richtigerweise - , am Ende entscheiden selbstverständlich diejenigen, die sich am Wahltag tatsächlich auf den Weg machen und ihre Stimme abgeben.

Die Schuldenbremse greift also.

Sie, die hessische Landesregierung planen gleich 2011, allein im Justizressort bis 2015 mehr als 18 Mio € beim Personal einzusparen. Letztes Jahr sprachen wir hier noch über KuK – Konsolidierung und Kompensation. Wer denkt da heute noch dran? Uns hat kuk bereits einen Standort, die JVA Kassel III, abgewickelt in nur 4 Monaten gekostet.

In diesem Jahr sprechen wir über ein darüber hinaus zu erbringendes Einsparvolumen von 3,73 Mio €, das der hessische Justizvollzug bis 2015 erbringen soll. Und wir wissen schon heute, dass nach 2015 weitere 5 Jahre im linearen haushalterischen Abwärtstrend gestaltet werden – bis 2020, denn ab diesem Jahr hat sich die Landesregierung dann verpflichten lassen, einen ausgeglichen Haushalt aufzustellen. Ob das volkswirtschaftlich sinnvoll ist, darüber werden sich die Fachleute streiten.

Mit dieser nun eingeläuteten Einsparrunde wird der hessische Justizvollzug -obwohl er wesentliche Arbeit im Bereich der inneren Sicherheit leistet, tatsächlich mit voller Wucht getroffen – er ist kein geschützter bzw. teilweiser geschützter Bereich mehr.

Herr Staatssekretär Dr. Kriszeleit, sehr verehrte Abgeordnete des Hessischen Landtags wir, die Vollzugsbediensteten stiften Sicherheit für die hessischen Mitbürgerinnen und Mitbürger, wir sind fast 3.000 Bedienstete und versuchen alles, um durch Behandlung die Rückfälligkeit zu reduzieren.

Der stellvertretende bayerische Abteilungsleiter aus dem dortigen Justizministerium beschrieb den Zustand im Justizvollzug bei einer Abschlussfeier in der bayerischen Vollzugsschule in diesem Jahr so:

„Auch die Struktur der Gefangenen hat sich in den letzten Jahren in einer Weise verändert, die erhebliche Risiken und Mehrbelastungen für unsere Justizvollzugsbediensteten zur Folge hat. Der Justizvollzug ist zunehmend befasst mit gefährlichen, jederzeit gewaltbereiten, behandlungsunwilligen, psychisch auffälligen, mehr als früher sozialisationsgeschädigten, durch Drogenmissbrauch psychisch und physisch beeinträchtigten und der Organisierten Kriminalität zugehörenden Gefangenen.“

Das, sehr verehrte Gäste, ist eine sehr zutreffende Beschreibung der Verhältnisse auch in den hessischen Justizvollzugsanstalten.

Wenn Sie nun 3,73 Mio € allein im Personalhaushalt einsparen wollen, dann werden Sie wohl rund 80 Stellen des hessischen Justizvollzugs streichen.

Wenn Sie wirklich gedenken, 80 Planstellen im hessischen Justizvollzug abzubauen, dann geht das nicht mehr ohne Aufgabenkritik. Dann müssen Sie sich trotz neuer Strafvollzugsgesetze von uns fragen lassen, welche Aufgaben denn zukünftig entfallen dürfen, weil sie nicht mehr erledigt werden können mit dem noch zugestandenen Personal.

Der Vollzug ist personell jetzt schon an seinen Grenzen – nach der OP Düstere Zukunft und KuK, der Zahl der unbesetzten Stellen oder dem Vollzug entzogenen Stellen. Da bleibt von unserer Seite nur der Hinweis, dass die Personalreduzierung nicht allein durch Standortaufgaben zu refinanzieren ist. Es wäre auch phantasielos. Kassel III ist bereits vollbracht. Die Kolleginnen und Kollegen der Jugendarrestanstalt in Friedberg hören es bereits von den Dächern schallen und pfeifen, dass Sie geschlossen werden sollen. Wann wird man ihnen den Schließungstag bekannt geben? Dabei wird das wohl gar keine besondere Einsparung im Personalbudget darstellen, denn die aufgestockte

JAA Gelnhausen wird sicherlich nicht personalneutral die neuen Aufgaben erledigen.

Der BSBD Hessen hat stets für den Behandlungsschwerpunkt in den Vollzugsanstalten gestanden. Keine Sicherheit ohne den Versuch, den Einzelnen mit den unterschiedlichsten Angeboten zu erreichen, um die Chance für ein zukünftig straffreies Leben zu erhöhen. Denn Verwahrung, sehr verehrte Damen und Herren, stiftet allenfalls eine zeitlich befristete, trügerische Sicherheit.

Und das gilt ganz besonders für die Sicherungsverwahrung, die sie aktuell am Standort Schwalmstadt planen. Ja, wir freuen uns, dass wir im hessischen Justizvollzug einen eigenen SV-Standort erhalten und die hessischen Sicherungsverwahrten demnächst nicht in andere Bundesländer verlegt werden. Bleibt aber doch der Appell, dass auch hierfür Personal erforderlich sein wird. Und ich denke, ich fordere nicht zu viel, wenn ich sage, dass unter Berücksichtigung der Besonderheit dieses Auftrags

auch die Personalbemessung nicht nach den Standards anderer JVAen erfolgen kann.

Der BSBD wird ihr Vorgehen sehr, sehr kritisch verfolgen. Es darf nicht sein, dass am Ende die Kollegen und Kolleginnen immer und immer mehr das zu erwartende Sparszenario bezahlen müssen, ob nun mit ihrer Zeit oder sogar mit ihrem Geld. Denn das haben die Kolleginnen und Kollegen in keiner Weise verdient. Wer engagiertes und qualifiziertes Personal haben will, der muss es auch angemessen bezahlen und angemessen mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern umgehen.

Betrachte ich das Jahr 2011 und schaue ich zurück auf meine Rede zum Gewerkschaftstag 2010, dann finde ich auch – nein: ich bin nicht glücklich darüber – viele Vorahnungen von damals als tatsächlich eingetreten wieder.

Und ich glaube nicht, dass Sie eingetreten sind, weil wir als BSBD diese Erfüllung brauchten oder für Erfüllung sorgten. Nein, sie sind bedauerlicherweise eingetreten, weil wir im Vollzug wohl so sind, wie wir sind, arbeiten,

wie wir arbeiten, Entscheidungen herbeiführen, wie es eben passiert... von oben nach unten.

„Ober sticht unter“, ein vollzugliches Schlagwort. Das dürfte in diesem Jahr wohl eine häufig gewählte Beschreibung des vollzuglichen Erlebens gewesen sein. Und offensichtlich fühlt unter sich gestochen, eventuell sogar schon ausgestochen.

Letztes Jahr sprach ich Sie, Herr Dr. Kriszeleit an, auf einen Krankenstand von mehr als 10 %. 2011 war dieser Ansatz in einigen Anstalten zeitweise verdoppelt. Der Krankenstand schlägt in einzelnen Anstalten Kapriolen, das war eine Information ihrer Fachabteilung in der letzten HPR-Sitzung, Herr Dr. Kriszeleit, sehr verehrte Abgeordnete.

Letztes Jahr hatte ich aus dem Bericht des Rechnungshofs zum Zusammenhang zwischen Krankenstand und Arbeitszufriedenheit zitiert.

Bleiben wir bei dieser Feststellung des Rechnungshofs, dann bleibt jetzt die These aufzustellen: Zufriedenheit scheint ein seltenes Gut geworden zu sein im hessischen Justizvollzug.

Und vielleicht gibt es nicht zuletzt einen Zusammenhang zum Thema des Jahres 2011, die Ausgestaltung der Dienstplanabrechnung für Wechselschicht- und Schichtdienstleistende.

Ich betone zunächst ausdrücklich und zum wiederholten Mal; selbstverständlich war es notwendig, das bisherige Regelwerk zur Bewertung und Abrechnung der Dienstzeiten für Schicht- und Wechselschichtdienst insgesamt und in den einzelnen Anstalten zu überprüfen, gegebenenfalls zu optimieren oder gar zu korrigieren und darüber hinaus zu vereinheitlichen. Beim vergangenen Gewerkschaftstag 2010 war ich in diesem Zusammenhang davon ausgegangen, dass es zu Turbulenzen kommen könne durch die notwendige Neugestaltung von Dienstrastern. Ich war nach Vorliegen des Ergebnisses der Arbeitsgruppe davon ausgegangen, dass in vielen Anstalten Tagesdienstplan, Organisation der JVA und daran anknüpfend die Ausgestaltung der Raster zu optimieren seien, um auch die Abrechnung zu ermöglichen. Nicht nach meiner Erkenntnis sondern nach den Ergebnissen der vollzuglichen Arbeitsgruppe. Deshalb appellierte ich von dieser Stelle an die Personalräte in den Justizvollzugsanstalten, sich verantwortlich einzubringen und die Interessen ihrer

Kolleginnen und Kollegen bei diesen Prozessen in ihrer Anstalt engagiert zu vertreten.

Auch Vollzugsbedienstete, sehr geehrter Herr Dr. Kriszeleit, sehr geehrte Abgeordnete des hessischen Landtags, brauchen eine Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Und dafür hat die Rasterplanung in den vergangenen 20 Jahren gestanden, dass Kolleginnen und Kollegen – auch wenn sie sich mit vollem persönlichen Einsatz ihrem Beruf widmen – nichtsdestotrotz ein privates Leben haben können mit Familie, Kindern und doppelter Erwerbstätigkeit, Freunden, Vereinen – planbarer freier Zeit also. Und das heißt nicht, dass Umplanungen tabu sind, so will ich hier nicht verstanden werden. Aber es muss doch für die Kolleginnen und Kollegen möglich bleiben, über einen 2-Wochen-Zeitraum hinaus ihr privates Leben mit einer gewissen Verbindlichkeit zu gestalten. Und das ist umso wichtiger, betrachte ich die Spezialitäten des Aufgabenfelds, in dem die Kolleginnen und Kollegen stecken. Wer da nicht mehr die Möglichkeit hat, im persönlichen Bereich seinen Ausgleich zum Beruf im Justizvollzug zu finden, ist mit einem hohen Risiko beladen, gravierende gesundheitliche Schäden davonzutragen.

Deshalb setzt sich der BSBD Hessen massiv für die Beibehaltung der Dienstplanung nach einer Rasterfolge ein – nicht nur für die Dauer von 2 Wochen im Rahmen der genehmigten Dienstpläne sondern vom Grunde über das ganze Jahr.

Die Hausaufgaben wurden in den meisten Vollzugsanstalten nach unserer Wahrnehmung jedoch bisher gar nicht angepackt. Nein, es wurde von zentraler Stelle lediglich die Abrechnungsweise verändert. Wir wissen es alle noch:

Rückwirkend, teilweise ohne rechtzeitige Information erfolgte der Systemwechsel – nicht nur als Probelauf in 2 – 3 Anstalten ab 1. Mai 2011, wie es die eingesetzte Arbeitsgruppe wohl ursprünglich empfohlen hatte, sondern ohne Erprobung und rückwirkend für alle.

Damit einher ging die Ausgestaltung eines Antragswesens für die Gutschrift von Mehrarbeitsstunden – und Minuten und schließlich im Mai dann die Einführung der Echtzeitbewertung.

Seitdem bekommen wir in der Spitze Nachbuchungsanträge der Kolleginnen und Kollegen - auch über 1 Minute. Und ich sage hier bewusst: ich verstehe dieses Verhalten der Antrag stellenden Kolleginnen und Kollegen.

Herr Dr. Kriszeleit, wir bleiben dabei – obwohl die Abrechnung nun seit Februar 2011 läuft -, sie konnten uns bisher vom neuen Abrechnungssystem nicht überzeugen.

In diesem Jahr haben wir uns als BSBD Hessen zu diesem Thema sehr engagiert und unseren Standpunkt wiederholt erklärt. Wir haben viel Rückmeldung gegeben und viel, viel Rückmeldung erhalten. Wir haben es geschafft, innerhalb von knapp 3 Wochen 1.329 Unterschriften vorzulegen. Der Ton war zeitweise mehr als rau. Ich fand es in diesem Zusammenhang sehr bedenklich, dass tatsächlich versucht wurde, unsere Unterschriftenaktion bzw. Gegenrede dadurch zu stoppen, dass mit beruflichen Konsequenzen für Einzelne gedroht wurde inklusive derer, die sich an der Unterschriftenaktion beteiligt hatten. Loyalität wurde gefordert, was immer Loyalität in diesem Zusammenhang meint. Die Forderung von Gehorsam zur Durchsetzung eines Standpunkts wird jedenfalls nicht dazu führen, dass Bedienstete engagiert und überzeugt Entscheidungen umsetzen. Ich halte es für einen Akt der Loyalität, wenn Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auch das vortragen, was gegen eine beabsichtigte Maßnahme steht. Wie soll denn eine Führungskraft angemessen entscheiden, wenn für und

wider nicht gegeneinander abgewogen sind, sehr verehrte Damen und Herren?

Letztes Jahr hatte ich hierzu Helmut Schmidt zitiert: wer Kritik unterdrückt, hat etwas zu verbergen.

Ich hatte dieses Zitat fortgeschrieben mit den Worten: wer Kritik unterdrückt, kann gar nicht vernünftig entscheiden. Und wer Betroffene nicht zu Beteiligten macht, Herr Staatssekretär, der hat schon Widerstand und Resignation erzeugt, bevor es eigentlich losgegangen ist.

Ich fürchte, genau das ist nun passiert.

Das Thema Dienstplanabrechnung stand für uns als BSBD im Grunde beispielhaft. Wenn wir als Gewerkschaft das Erleben der Kolleginnen und Kollegen beschreiben, wenn wir weitertragen, was uns berichtet wird, geht es uns als BSBD Hessen nicht darum, auf jemanden zu zeigen, um einen Sündenbock zu haben, zu kritisieren, um des Kritisierens Willens oder des Recht Habens. Es geht nicht darum, einzelne Anstalten oder Anstaltsleitungen besonders hervorzuheben oder Scharmützeleien mit der Fachabteilung Justizvollzug um der Scharmützelei

wegen zu führen. Es geht nicht um die Stiftung von Feindbildern oder gar Fronten. Es geht nicht um das Schwarze-Peter-Spiel, Verurteilung, um das Nein-Sagen, um des Nein-Sagens willens, es geht nicht darum, von welchem Ende der Fisch nun stinkt, ob nun vom Kopf oder vom Schwanz.

Nein, sehr verehrte Damen und Herren, wenn wir darstellen, wie die Kolleginnen und Kollegen ihr Arbeitsfeld beschreiben, wenn wir schildern, wie diese Vollzug und konkret die Dienstplanabrechnung erleben, dann tun wir das, um ihre Interessen zu vertreten, um insgesamt für eine andere Zusammenarbeit zu kämpfen, in der der Einzelne sich mit seinem Fachverstand und seiner Motivation entsprechend einbringen und entfalten kann. Es geht schlicht um die Ausgestaltung der Zusammenarbeit, unserer Zusammenarbeit, der Zusammenarbeit im hessischen Justizvollzug. Es geht uns um den Umgang miteinander, es geht um Führungsverantwortung und schließlich darum, wie wir aufeinander zugehen, einander begegnen, wie wir miteinander sprechen – und wie wir zusammen wirken bei der Erledigung unserer Aufgaben, um – und das ist wiederum das Ziel - gute Ergebnisse zugunsten unseres öffentlichen Auftrags zu

erbringen. Und schließlich ging es ganz objektiv um die Ausgestaltung der Dienstplanabrechnung.

Und wir wissen, alle tragen wir hierfür Verantwortung, jeder auf seiner Position, jeder in seiner Laufbahn und vollzuglichen Verantwortung. Und wir als Gewerkschaft stellen uns unserer Verantwortung auch.

Darum, liebe Gäste, liebe Kolleginnen und Kollegen, ging es dem BSBD Hessen im jetzt ablaufenden Jahr 2011 und geht es dem BSBD Hessen immer und immer wieder.

Und ich möchte mich heute bei den vielen Kolleginnen und Kollegen bedanken, die mir im vergangenen Jahr Rückmeldung gegeben haben auf meine Rede von hier beim letzten Gewerkschaftstag 2010, offensichtlich fanden sie sich und uns in der Beschreibung der vollzuglichen Situation wieder. Einige sprachen von Mut, es sei mutig gewesen, eine solche Rede zu halten. Und manche meinten: endlich, endlich sagt es mal eine, worüber eigentlich alle reden. Ich sage heute allen Danke. Eine Gewerkschaft lebt nicht von der Vorsitzenden, eine Gewerkschaft lebt vom miteinander und vom füreinander eintreten, das ist unser Auftrag und das ist mein Auftrag als Landesvorsitzende des Bunds der Strafvollzugsbediensteten Hessen.

Wir haben – um auf die Dienstplanabrechnung zurückzukommen - im August konkrete Vorschläge zur Ausgestaltung gemacht; Herr Ministerialrat Manfred Kräuter aus der Fachabteilung des HMdJ hatte mich als Landesvorsitzende zu einem Gespräch hierzu eingeladen – dafür bedanke ich mich von dieser Stelle ganz ausdrücklich bei ihm. Auch danke ich ihm für jedes offen gesprochene Wort.

Für den BSBD habe ich in diesem Gespräch verschiedene Vorschläge eingebracht, bitte lest Sie in unserem neuen Vollzugsdienst nach. Sie hier nochmals aufzuzählen, würde jegliche Redezeit sprengen.

Von dieser Stelle und heute erlaube ich mir jedoch, den Katalog um einen Punkt zu erweitern. Sollte zukünftig weiterhin ein Bewertungskorridor bei der Echtzeitbewertung für notwendig erachtet werden, dann sollte dieser nicht nur zulassen, dass Bedienstete eine Viertelstunde vor dem offiziellen Dienstbeginn einstechen sondern darüber hinaus am Dienstende auch bis zu einer Viertelstunde über Dienstschluss hinaus unter Anrechnung dieser Arbeitszeit ausstechen können. Warum wir das fordern?

Damit diejenigen Kolleginnen und Kollegen, die länger bleiben, weil sie sich Ihren ablösenden Kollegen durch eine ordentliche Übergabe der Dienstgeschäfte verpflichtet fühlen, keinen Nachteil erleiden.

Dass die Übergabezeiten aus den Dienstplänen gestrichen wurden, halten wir als BSBD Hessen für einen der großen personalplanerischen Fehler der vergangenen 10 Jahre. Und hier verweise ich ausdrücklich auf die bereits getätigte Beschreibung der von uns beherbergten Klientel. Da reicht es nicht, dem Kollegen, der Kollegin der Folgeschicht mal einen Zettel oder eine Meldung zu hinterlegen. Hier, sehr verehrte Damen und Herren gehen wir für die Sicherheit erhebliche Risiken ein.

In jedem Krankenhaus, in jeder Polizeidienststelle und in vielen Justizvollzugsanstalten anderer Bundesländer findet eine Übergabe statt, werden Zeitkontingente eingerichtet. Und der hessische Justizvollzug?

Wenn aktuell eine Übergabe passiert, dann ist es dem Verantwortungsbewusstsein der handelnden Kolleginnen und Kollegen geschuldet – und die müssen sich seit Jahresanfang gefallen lassen, dass dieses

Engagement durch Zeitkappung belohnt wird... Keine Minute mehr wird gutgeschrieben. Steche ich aber 2 Sekunden zu früh aus, dann verliere ich die letzte Minute meiner Schicht.

Und über die fehlerhafte Berechnung der Ausfallquote , die keine 25 sondern nur etwas mehr als 20 % befasst, weil die Dreisatzrechnung irgendwann in der Vergangenheit falsch aufgesetzt worden war, habe ich hierbei im Übrigen noch gar nicht gesprochen, auch dies wirkt sich maßgeblich auf die Personalbemessung und Aufgabenerledigung aus.

Viele Positionen wurden im hessischen Justizvollzug in diesem Jahr nicht mehr besetzt, weil kein Personal mehr da war, um sie zu besetzen. Weil Krankenhausüberwachungen Personal forderten. Oder, weil nicht nachbesetzt wurde aus Angst, eine Mehrarbeitsstunde anordnen und verantworten zu müssen. Das aber kostet dann die Sicherheit der Kolleginnen und Kollegen, die unterbesetzt den Dienstbetrieb aufrecht erhalten müssen. Und ich bin sicher, dass es in dieser Versammlung eine Menge Kolleginnen und Kollegen gibt, die so etwas in diesem Jahr in ihrer Anstalt tatsächlich erlebt haben.

Und da sagen Sie, Herr Dr. Kriszeleit, Sie möchten das Personalbudget des hessischen Justizvollzugs bis 2015 um 3,73 Mio € kürzen.

Herr Staatssekretär Dr. Kriszeleit, im hessischen Justizvollzug ist es fünf Minuten nach Zwölf – Wir überreichen Ihnen deshalb heute eine entsprechende Uhr – sie steht jetzt auf 5 nach 12.



Koll. Keil überreicht die diesjährige Trophäe, Foto: Michael Horn

Es wird eine große Kraftanstrengung kosten, wollen wir die Kolleginnen und Kollegen wieder erreichen. Zeit lässt sich nicht zurückstellen, Vergangenes kommt nicht

wieder. Für den BSBD Hessen sage ich Ihnen zu, dass wir uns in jeder Weise engagiert für unsere Kolleginnen und Kollegen einsetzen und einbringen werden.

Und bereits heute kündige ich Ihnen an: mit einem 5 vor 12 werden wir uns als Fachgewerkschaft für alle Kolleginnen und Kollegen des hessischen Justizvollzugs niemals begnügen!

Wir, der BSBD Hessen, haben die Einladung von Staatsminister Hahn angenommen und werden uns am Evaluierungsprozess für die Dienstplanabrechnung beteiligen. Von einer gewerkschaftlichen Mitarbeit in der Arbeitsgruppe Dienstplanabrechnung im laufenden Jahr hatten wir abgesehen, da die Arbeitsgruppe sich hinsichtlich der Ausgestaltung der Dienstplanung –das dürfte unstrittig sein - festgelegt hatte und kein Gestaltungs- bzw. Veränderungsspielraum bis zur Evaluierung erkennbar ist. Für diese Einladung zur Evaluierung bedanken wir uns. Ein erstes Vorgespräch mit Herrn Ministerialrat Kräuter hat bereits stattgefunden. Auch hierfür herzlichen Dank.

Ab kommender Woche werden wir erste Ergebnisse aus der Mitarbeiterbefragung von Frau Prof. Dr. Schaa präsentiert bekommen. Wenn Kolleginnen und Kollegen tatsächlich geschrieben haben, wie sie es angekündigt haben, dann werden wir uns eventuell ab kommender Woche über Schilderungen auseinandersetzen haben, bei denen es nicht mehr genügt, festzustellen, dass die Bediensteten verschiedene Maßnahmen aus dem 40-seitigen Maßnahmenkatalog nach der letzten Mitarbeiterbefragung einfach nicht verstanden oder falsch zugeordnet haben. Als BSBD würden wir dann eher fragen, wer wen denn noch versteht.

Und heute wünsche ich mir ernsthaft, mit meinen Vermutungen oder gar Befürchtungen Unrecht zu haben, auch wenn mancher mir das eventuell nicht glauben will oder auch nicht kann. Sollte ich nicht Unrecht haben, dann hoffe ich auf Mut zur Auseinandersetzung über jegliches Maß an Kosmetik hinaus hin zu den eigentlichen Gründen für das Arbeitsklima in den hessischen Justizvollzugsanstalten. Wenn wir dies nicht schaffen, dann werden alle Gegensteuerungsmaßnahmen ins Leere laufen, dann

wird jedes noch so sinnvolle Angebot des Gesundheitsmanagements unverstanden bleiben, weil es am Thema der Kolleginnen und Kollegen vor Ort eventuell vorbeigeht.

Herr Dr. Kriszeleit, liebe Kollegen der Fachabteilung, der BSBD Hessen wird mit Sicherheit Stellung zu einem wie auch immer gearteten Ergebnis beziehen. Wir werden das innerhalb des Justizvollzugs tun. Dabei schließe ich Sie selbstverständlich ein.

Im Kontext der Neuen Verwaltungssteuerung denke ich schließlich an die Laufbahn, die die damit einhergehenden wesentlichen Systemveränderungen erheblich erlebte und ich glaube, ich liege nicht falsch, wenn ich sage, mit am meisten beladen war: der mittlere Vollzugs- und Verwaltungsdienst. Dieser Laufbahn gehören rund 250 Bedienstete an. Wir sprechen selten über sie, unsere Verwaltung. Diese Laufbahn war in den letzten 10 Jahren von den heftigsten Veränderungen gebeutelt, neue Abrechnungssysteme über SAP, neue Steuerungsinstrumente über das Controlling, neue Organisationseinheiten, die Verwaltungs-Competence-Center und schließlich auch in den

Justizvollzugsanstalten das Berufsbild der Vollzugsabteilungsassistenten. Das alles sind die Ergebnisse organisatorischer Veränderungen im Zuge der NVS. Und die Veränderung der Aufgabenzuschnitte setzt sich offensichtlich beständig fort.

Aber eins fehlt den Bediensteten dieser Laufbahn: die berufliche Perspektive. In den vergangenen beiden Jahren gab es kaum eine Stellenausschreibung, zum letzten Beförderungstermin im Oktober lediglich eine und wenn ich zurückschaue, war es im April diesen Jahres auch nicht günstiger. Ich erinnere: Diese Laufbahn umfasst aber mehr als 250 Bedienstete und viele dieser Kolleginnen und Kollegen blicken auf viele, viele Dienstjahre zurück, bringen gute dienstliche Leistungen und sehen trotzdem aktuell keine berufliche Entwicklungsmöglichkeit für sich. Wir werden lange brauchen, um den entstandenen Beförderungsstau abzubauen. Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist schlimm, das können wir als Fachgewerkschaft nicht akzeptieren. Hier brauchen wir dringend Lösungen für alle, d.h. für die Kolleginnen und Kollegen in den Justizvollzugsanstalten und im HB. Wagnitz-Seminar mit seinen Verwaltungs-Competence-Centern.

Und in diesem Kontext will ich auch an meine eigene Laufbahn erinnern, den gehobenen Vollzugs- und Verwaltungsdienst. Unsere Personalbemessung ist eine der dünnsten im bundesweiten Vergleich. Auch wir haben die organisatorischen Veränderungen maßgeblich und verantwortlich mitgestaltet, haben einen großen Systemwechsel durchlebt. Auch unsere Personaldecke schrumpft. Und viele Kolleginnen und Kollegen ringen um ihre Perspektive. Und eins sage ich deutlich, Planstellen, die dem Kapitel 05 05 – Justizvollzugsanstalten - im Landeshaushalt zugeordnet sind, die sollten auch den Anstalten zur Verfügung stehen und nicht in übergeordneten Häusern besetzt werden.

Stellenausstattung – neue Steuerungsinstrumente. Und Dokumentationswut. Wie im letzten Jahr auch, betone ich nochmals, dass unsere umfassenden Dokumentationen und Belehrungen mit Sicherheit keine Sicherheit stiften werden – und keine positiven Behandlungsergebnisse. Wir dokumentieren in einem Ausmaß, dass es die Zeit vieler Bediensteten – hier nenne ich insbesondere die sozialen Fachdienste - bestimmt. Die Zeit für das Gespräch mit den Gefangenen steht hinten an. Aber erreichen wir dadurch bessere Arbeitsergebnisse?

Erreichen wir eine andere Arbeitsweise, wenn alle Bediensteten Belehrungen unterschreiben nach einzelnen Vorkommnissen und einzelner Fehlverhalten? Schützt uns diese Forderung nach der Unterschrift tatsächlich vor einem nächsten Versagen?

Nein, sie sichert allenfalls den Dienstvorgesetzten ab.

Die Belehrung über den Umgang mit den sozialen Netzwerken hat bis heute erheblichen Wirbel verursacht. Etliche Kolleginnen und Kollegen sind weiterhin empört über den Inhalt der Erklärung, die neben dem Auftritt in sozialen Netzwerken auch das politische Engagement umfasst. Wäre es nicht deutlich verhältnismäßiger gewesen, sich mit den Einzelfällen im Rahmen der dienstrechtlichen Vorgaben auseinanderzusetzen und die anderen mit einer Information bzw. Appell zu bedienen? Jetzt fühlen sich jedenfalls alle berührt und es gibt auch Kollegen und Kolleginnen, die die Unterschrift verweigern, weil sie gar nicht in irgendwelchen sozialen Netzwerken sind, aber den Missbrauch ihres Namens fürchten. Solche Blüten treibt dann das Belehren aller.

Ich wiederhole es: statt der Belehrungswellen brauchen wir ein gutes, sachliches Fehlermanagement, Herr Dr. Kriszeleit, ein Fehlermanagement, das aufbereitet, was

passiert ist und informiert statt belehrt. Ich appelliere an die Kolleginnen und Kollegen der Fachabteilung, dieses Vorgehen nochmal zu überdenken.

Und schließlich: Kein BSBD-Gewerkschaftstag ohne einen Ausblick auf die JVA Hünfeld – jedenfalls solange es dort das Projekt Teilprivatisierung gibt. Versprochen ist versprochen.

Überrascht, Herr Dr. Kriszeleit sehr überrascht, waren wir über den Umfang der in diesem Jahr erhaltenen Informationen, wenngleich wir – aber das ist der Eigentümlichkeit der PPP-Projekte geschuldet – von Transparenz in keiner Weise reden können. Die Einführung des neuen Anstaltsleiters in der JVA Hünfeld im Mai dieses Jahres hat hierzu jedenfalls einen wesentlichen Beitrag geleistet. Wir erhielten plötzlich Informationen, wie in den gesamten Jahren zuvor nicht.

Sechs Jahre sind vergangen seit der Inbetriebnahme dieser Anstalt. Baden-Württemberg hat sich nach einem kurzen PPP-Intermezzo bereits wieder verabschiedet, die JVA Burg musste ihre Zuständigkeit erweitern und finanziell nachlegen wegen höherer Fluktuation. Tja, und Hünfeld? Verschiedene Aufträge wurden zwischenzeitlich zurückgenommen in die

öffentliche Zuständigkeit, die Arbeitsbetriebe laufen nicht optimal. Und dann schau ich auf die Kosten pro Hafttag, Hünfeld ist, so erzählt man sich, schon wieder um einige Plätze im Ranking der hessischen Anstalten nach unten gerutscht. Und wieder – wie im vergangenen Jahr auch - erwähne ich den Aufwand und die Kosten für die Vertragsgestaltung und die Steuerung desselbigen sowie die damit einhergehenden Kostenverpflichtungen und Risiken für zukünftige Haushaltsjahre. Mal eben 3,73 Mio € einsparen wollen, Herr Dr. Kriszeleit, das geht in einem solchen Vertragsverhältnis eher nicht.

Sie haben in diesem Jahr die Fortsetzung des Projektes PPP im hessischen Justizvollzug ausgeschrieben. Staatsminister Hahn erklärte Anfang Mai bei der Einführung des neuen Anstaltsleiters, dass über die tatsächliche Fortführung noch nicht entschieden sei, - als BSBD haben wir das sehr erstaunt zur Kenntnis genommen.

Ich wünsche Ihnen Mut, gegebenenfalls gegen ihren parteipolitischen Konsens zu entscheiden, sollte die Fortsetzung dieses Projektes objektiv betrachtet nicht sinnvoll erscheinen. Von den Kollegen des AVD vor Ort weiß ich, dass sie sich überwiegend für die Beendigung

des Projekts aussprechen und es bevorzugen würden, mit voll ausgebildeten, umfassend einsetzbaren Kolleginnen und Kollegen zu arbeiten. Dies würde die Personaleinsatzplanung im AVD deutlich entspannen.

Und: es würde unsere Forderung überflüssig machen, den Stellenschlüssel für den allgemeinen Vollzugsdienst endlich zu korrigieren und an die Bedingungen von PPP anzupassen. Das von Ihrem Haus, Herr Dr. Kriszeleit, angekündigte Prüfungsergebnis hierzu steht, soweit ich mich erinnere, jedenfalls noch aus. Auch die Hünfelder Kollegen haben hierzu noch keine Antwort erhalten.

Bisher habe ich keinen Kollegen und keine Kollegin getroffen, der mir die Vorzüge von PPP in Hünfeld erklären konnte oder wollte. Über Einsparungen redet schon gar niemand mehr.

Es wäre insgesamt bedauerlich, wenn das Projekt allein deshalb fortgesetzt würde, weil es einem politischen Willen oder Programm entspricht.

So gibt es in den kommenden Jahren also eine Vielzahl von vollzugspolitischen Themen zu bearbeiten, nicht ohne Auseinandersetzung, nicht ohne

Meinungsunterschiede. Nicht ohne Durchhaltevermögen, nicht ohne Kompromiss.

Am Ende meiner Rede möchte ich einen Kollegen aus dem aktiven Dienst verabschieden, denn wir alle gut kennen, und der mit seinem Engagement für Standhaftigkeit, Konfliktfähigkeit, Zielstrebigkeit, Einsatz für die Kollegenschaft, Leidenschaft und großen Fachverstand stand. Es ist der Kollege Alfred Görlach aus der JVA Butzbach, der zum 1. Juli in den wohlverdienten Ruhestand eingetreten ist.

Heinz Dieter Hessler schrieb im aktuellen Vollzugsdienst über ihn: „Alfred Görlach ließ sich das Maul nicht verbieten.“

Ja, das stimmt, so kennen wir Alfred Görlach.

Alfred Görlach setzte sich für die Belange seiner Kolleginnen und Kollegen ein, auch wenn der Wind ihm mitunter scharf ins Gesicht blies. Er blieb standhaft und er blieb echt. Und er erreichte hierdurch viel, nicht zuletzt war er hierdurch maßgeblich an der Durchsetzung der Anhebung der Stellenobergrenzen beteiligt. Das waren rund 600 zusätzliche Beförderungsmöglichkeiten Ende der 90er Jahre.

Alfred Görlach war von 1984 , damals war er gerade 6 Jahre im Dienst – bis 2000 durchgängig teilfreigestellter Personalratsvorsitzender in der JVA Butzbach. Er war stets einstimmig gewählt worden, d.h. er erhielt auch die Stimmen der beiden ötv-Kollegen im Personalrat. 12 Jahre, von 1988 bis 2000 war er Mitglied des BSBD-Landesvorstands und stellvertretender Vorsitzender des Hauptpersonalrats Justizvollzug. Für den BSBD übernahm er die Pressearbeit. Er war ehrenamtlicher Richter bei der Disziplinarkammer und bei der Fachkammer für Personalvertretungsrecht, er arbeitete in verschiedenen vollzuglichen Arbeitsgruppen mit. Viele Kolleginnen und Kollegen kennen ihn aber als nebenamtliche Lehrkraft im H.B.-Wagnitz-Seminar und aus der Prüfungskommission für den allgemeinen Vollzugsdienst.

Alfred, hier und heute danken wir Dir als BSBD Hessen sehr für Dein Jahrzehnte wirkendes leidenschaftliches Engagement, für Deinen vielfältigen Einsatz mit all Deinem Fachverstand, Deine Konfliktfähigkeit, Deine Verbundenheit zu uns als Gewerkschaft und zum hessischen Justizvollzug insgesamt.



Kollege Beinroth überreicht einen Präsentkorb, Foto: Michael Horn

Wir danken Dir heute mit einem Präsentkorb, später werden wir noch über den Antrag des Kollegen Kümmel abstimmen, Dich zum Ehrenmitglied unserer Gewerkschaft zu berufen.

Alfred, sei Dir sicher, Du wirst uns immer ein großes Vorbild sein und bleiben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, im kommenden Mai finden die Wahlen zu den örtlichen Personalräten und für den neuen Hauptpersonalrat Justizvollzug statt. Als BSBD werden wir uns wieder in allen Anstalten und für die Landesebene um die Mandate bewerben. Wir haben ein engagiertes Team für die kommende HPR-Wahl aufgestellt und ich hoffe, dass wir uns auch in der kommenden Legislaturperiode mit unserer Kompetenz und Leidenschaft einzubringen wissen werden. Bitte geht in die Anstalten und macht Werbung für die Personalratswahlen, bitte geht in die Anstalten und empfiehlt den BSBD Hessen.

Standhaft, stark und kompetent werden wir unsere gewerkschaftlichen Ziele verfolgen und die Aufgaben als Personalvertreterinnen und Personalvertreter wahrnehmen, das versprechen wir den Kolleginnen und Kollegen, und das versprechen wir Ihnen, Herr Dr. Kriszeleit und den Kolleginnen und Kollegen der Fachabteilung schon heute, denn für uns gilt und so bringen wir uns ein:

BSBD wählen – damit sich was für sie bewegt!

Vielen Dank!